Ä-K14-175 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Heiner Klemp

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 46:
~~Brandenburgs Stützpunktfeuerwehren werden schon heute bei der Beschaffung von Einsatzfahrzeugen unterstützt. Immer häufiger müssen bei den Freiwilligen Feuerwehren hauptamtliche Feuerwehrleute die freiwilligen Kräfte unterstützen und eine Mindestbereitschaft absichern. In Zukunft wollen wir die „Richtlinie Stützpunktfeuerwehren“ weiterentwickeln und die Kommunen bei den Personalkosten dieser hauptamtlichen Feuerwehrkräfte unterstützen.~~

Das System der Stützpunktfeuerwehren wollen wir evaluieren und auf die veränderten Anforderungen, wie klimabedingt vergrößerte Waldbrand- und Überschwemmungsgefahr anpassen. Der zweite Standort der Landesschule und Technischen Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz (LSTE) in Wünsdorf muss endlich wie vom Landtag beschlossen umgesetzt werden, um die angemessene Aus- und Fortbildung der Feuerwehrkräfte sicherstellen zu können.

Bei der Bekämpfung von Waldbränden aus der Luft setzen wir weiter auf die bewährte Zusammenarbeit mit Bundespolizei und -wehr, dabei werden wir die Kommunen von unzumutbaren Kostenbelastungen freistellen. Wir sind offen für alternative Methoden, neue Einsatzmittel wie etwa Drohnen(schwärme) wollen wir erproben.

Die Kampfmittelsuche und -beseitigung wollen wir mindestens im bisherigen Umfang fortführen.

Begründung

Vorbemerkung:

Grundsätzlich ist der Brandschutz eine Pflichtaufgabe der Kommunen. Wenn ihnen dafür das Geld fehlt, ist das Problem nicht der Mangel an Förderprogrammen sondern eine unzureichende Finanzausstattung der Kommunen. Diese muss dann auch bei der Festlegung der Schlüsselzuweisungen behoben werden und nicht durch eine geteilte Finanzierung von kommunalen Aufgaben.

Generell ist das Problem der Wehren die Tageseinsatzbereitschaft, weil viele Kamerad*innen nicht vor Ort arbeiten und so im Einsatzfall lokal nicht verfügbar sind. Die Einstellung hauptamtlicher Kräfte ist jedoch in der Fläche kaum möglich und kann nur im Einzelfall die Lösung sein. Andere Konzepte, wie etwa eine bevorzugte Einstellung von Feuerwehrkamerad*innen in kommunale Verwaltungen oder eine Bevorzugung bei der Wohnungsvergabe sind zielführendere Maßnahmen. Auch wenn der Städte- und Gemeindebund gerne eine Mitfinanzierung hauptamtlicher Kräfte durch das Land hätte, sollten wir die (auch finanzielle) Verantwortung bei den Kommunen lassen. Dies hält den Druck auf alternative Maßnahmen der Personalgewinnung hoch. Stützpunktwehren können nur dort gebildet werden, wo die Einsatzbereitschaft ausreichend ist.

Dringend ist der Ausbau der Ausbildungskapazitäten des Landes (für FW-Führungskräfte) an der LSTE. Das Innenministerium hat es bislang nicht geschafft, den Aufbau eines zweiten Standorts wie vom Landtag beschlossen umzusetzen. Hier sollten wir Druck machen.

Bei der Waldbrandbekämpfung funktionieren die bisherigen Einsatzmittel aus meiner Sicht ganz gut, der Einsatz von Hubschraubern des Bundes klappt normalerweise gut, allerdings sollten wir den

Kommunen signalisieren, dass sie nicht auf den Kosten sitzen bleiben. Perspektivisch ist es realistisch, Waldbrände auch mit Hilfe von Drohnenschwärmen zu bekämpfen, entsprechende Technologien werden auch in Brandenburg entwickelt bzw. erprobt.

Beim Thema Kampfmittel fehlt bislang eine Festlegung. Besonders betroffenen Städten wie Oranienburg oder Potsdam sollten wir signalisieren, dass wir zumindest an der aktuellen Intensität festhalten.